

Königlich privilegierte Stettinische Zeitung.

Die Zeitung erscheint
täglich,
Vormittags 11 Uhr,
mit Ausnahme der Sonn-
und Festtage.

Alle
resp. Postämter nehmen
Bestellung darauf an.



Pränumerations-Preis
pro Quartal
25 Silbergroschen,
in allen Provinzen
der Preussischen Monarchie
1 Thlr. 1/2 Sgr.
Expedition:
Krautmarkt No. 1053.

Im Verlage von Herm. Gottfr. Effenbart's Erben. Verantwortlicher Redakteur: A. H. G. Effenbart.

No. 303. Sonnabend, den 29. Dezember 1849.

Da mit dem 1. Januar 1850 ein neues Abonnement auf unsere Zeitung beginnt, so werden die geehrten Leser derselben ersucht, ihren Pränumerationschein bald gefälligst in unserer Expedition, Krautmarkt No. 1053, erneuern zu wollen. Der Pränumerationspreis für die Zeitung incl. Provinzial-Anzeiger beträgt pro Quartal 25 Sgr., für auswärtige Abonnenten 1 Thlr. 1/2 Sgr.

Wer auf den Provinzial-Anzeiger besonders zu abonniren wünscht, zahlt monatlich in unserer Expedition 1 1/2 Sgr., frei ins Haus geliefert 2 1/2 Sgr.

Insertionen im Provinzial-Anzeiger: 6 Pf. die Petitzeile, größere Schriftsorten werden nach dem Raum berechnet. Die Redaction.

Berlin, vom 28. Dezember.

Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht: dem Königlich griechischen General und Ober-Stallmeister Grivas den Rothen Adler-Orden zweiter Klasse mit dem Stern; so wie dem Regierungs-Sekretair, Rechnungsrath Diszewski zu Marienwerder, den Rothen Adler-Orden vierter Klasse zu verleihen.

Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht, dem pensionirten Genärmen Friedrich Vöffelbein zu Fiddichow im Kreise Dreifenhagen das Allgemeine Ehrenzeichen zu verleihen.

Deutschland.

Berlin, 27. Dezember. Die Direktion der Niederschlesisch-Märkischen Eisenbahn hat befanntlich mit Zustimmung der Majorität der Aktionaire beschlossen, dem Staate die geforderte Verwaltung ihrer Bahn nicht zu überlassen. Es ist demnach folgendes Circulaire an sämtliche Beamte der Niederschlesisch-Märkischen Eisenbahn-Gesellschaft erlassen worden:

Es ist beschlossen, von dem, dem Staate in dem Statut vorbehaltenen Rechte, die Verwaltung der Niederschlesisch-Märkischen Eisenbahn und ihres Betriebes vom 1. Januar 1850 ab zu übernehmen, Gebrauch zu machen. Nach näherem Inhalte der öffentlichen Bekanntmachungen vom 22sten und 24sten d. M. ist bereits eine königliche Verwaltungs-Behörde, bestehend aus dem Eisenbahn-Direktor Costenoble, dem seitherigen Betriebs-Direktor von Glümer und dem seitherigen Ober-Baumeister Schwedler ernannt, welche am 1. Januar k. J. in Funktion treten wird. Sämmtliche Beamte der Niederschlesisch-Märkischen Eisenbahn-Gesellschaft werden demgemäß hierdurch angewiesen, vom 1. Januar k. J. ab nur den Anordnungen der gesetzlich und statutgemäß eingesetzten königlichen Behörde Folge zu leisten. Der unterzeichnete Minister hegt zwar zu den sämtlichen Beamten, denen hiermit die Bestätigung in ihren kontraktlichen Dienstverhältnissen zugesichert wird, das Vertrauen, daß sie dieser Beweigung willig Folge leisten und die königliche Verwaltung in ihrer wichtigen Aufgabe pflichtgetreu unterstützen werden, bemerkt jedoch, daß die Nichtachtung dieser obrigkeitlichen Anordnung, außer den sonstigen gesetzlichen Maßregeln die sofortige Entlassung zur Folge haben würde. Berlin, den 26. Dezember 1849.

Der Minister für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten.
von der Heydt.

Berlin, 28. Dezember. Die Befürchtung, die wir gleich bei dem Eintreffen der dänischen Bevollmächtigten äußerten, erweist sich bereits als nicht ungerechtfertigt: Langsamkeit scheint der Grundcharakter der Unterhandlung zu werden; bis heut hat weder eine Konferenz, noch sonstige Annäherung stattgefunden. Es darf indeß nicht unerwähnt bleiben, daß der dieseitige Bevollmächtigte, Herr v. Ulsedom, krank ist. Man sagt, die dänischen Bevollmächtigten werden als Grundlage der Verhandlung die Vereinigung der Herzogtümer aufstellen. Es dürfte sich leicht denn nur darum fragen, ob die Schleswig zu erthilende Verfassung Preußen befriedigt? Versichert wird, daß dießseits die wirklichen Rechte dieses Herzogthums mit allem Nachdruck gewahrt werden sollen. (R. P. 3.)

Der am 22sten aus Stettin durch den Telegraphen hierher berufene Commodore Schröder wohnte am 23sten einer Sitzung des Staatsministeriums bei, wo unter Anderem auch über den Ankauf dreier englischer Kriegsschiffe, nämlich einer Fregatte und zweier Corvetten, zur Vergrößerung der preussischen Flotte, beraten wurde. An demselben Tage wurde der Commodore auch von Sr. Majestät dem Könige empfangen. Herr Schröder ist bereits am 24sten wieder nach Stettin zurückgekehrt. Er ist ein geborner Rheinländer und hat den Seekriegsdienst auf der holländischen Flotte, wo er bis zum Befehlshaber einer Corvette aufstieg, gründlich erlernt. (Sp. 3tg.)

Im Schlosse Bellevue wird heute (den 28sten) Mittag um 12 Uhr J. M. die Königin an 6 Knaben und an 6 Mädchen aus jeder der unter ihrem Protektorat stehenden Kinder-Bewahr-Anstalten im Beisein der

Vorsteher und Vorsteherinnen derselben Weihnachtsbescheerungen austheilen. Im vorigen bewegten Jahre vermochte die Königin diesem milden Akt christlicher Liebe sich nicht zu unterziehen.

— Dr. C. fängt an, in der urchristlichen Versammlung den Atheismus wieder außer Cours zu setzen und hat in der letzten den lieben Gott wieder anerkannt. Thierarzt Urban hielt in einem andern Lokal gleichfalls Vortrag und vries das Judenthum.

— Aus Jferlohn meldet man uns, daß während der Anwesenheit Sr. Königl. Hoheit des Prinzen von Preußen daselbst, man sich eifrig bemüht habe, Hochdenselben zu überzeugen, daß alles in Jferlohn Vorgefallene bloß aus Anhänglichkeit an das Königl. Haus geschehen sei. Die Leute in Jferlohn scheinen wirklich bereits so kultivirt zu sein, wie die Berliner Stadtverordneten.

— Es ist behufs weiterer Beförderung durch telegraphische Depeschen nach London hier von Wien aus die Nachricht eingegangen, daß in Serbien ein bedeutender Aufruhr ausgebrochen sei. (D. A. 3.)

— Am preussischen Hofe sind gegenwärtig vertreten: Portugal durch Joaquim Antonio Gongaes de Macieira, Geschäftsträger. Spanien durch Don Juan Donoso Cortes Marquis de Baldegamas, Grand von Spanien; Don Fernando de la Bera e Jsta, Geschäftsträger; Don Eduardo Romeo, Attaché; Don Mariano Remon Jarco del Valle, Attaché, milit. Lieutenant. Sizilien durch M. de Sto. Paolo, Geschäftsträger. Sardinien durch Graf Alphonse d'Antioche, Geschäftsträger; Chev. Felix de Cortanze, Legations-Sekretair; Graf Alexandre Rossi, Attaché der Gesandtschaft. England durch Graf v. Westmoreland, außerordentlicher Gesandter und bevollmächtigter Minister; William Gwother, Attaché; William Manley, Attaché; H. Howard, Legations-Sekretair. Belgien durch Rothomb, außerordentlicher Gesandter und bevollmächtigter Minister. Die ottomanische Pforte durch Garabed, Artin Davoud Dablou, Geschäftsträger. Desterreich durch Baron Prokesh-Dfen, General-Lieutenant, bevollmächtigter Minister; Ritter v. Reyer, Attaché; Baron v. Schloisnigg, Legations-Sekretair. Rußland durch Baron v. Meyendorff, außerordentlicher Gesandter u. s. w.; Legationsrath von Ostinka; v. Wegesack, Kollegienrath und erster Legations-Sekretair; v. Wieselorsky, zweiter Legations-Sekretair; Graf v. Benkendorf, Generalmajor à la Suite. Mecklenburg-Schwerin durch Graf v. Hefenstein. Kurhessen durch Freiherrn v. Dörnberg, Geschäftsträger und Kammerherr. Hannover durch Graf v. Inn- und Knypshausen, außerordentlicher Gesandter und bevollmächtigter Minister (auch für den sächsischen Hof). Baiern durch Freiherrn v. Malzen, Gesandter, Freiherrn v. Riederer, Gesandtschafts-Sekretair. Schweden und Norwegen durch Baron D'Offon; v. Mansbach, Legations-Sekretair. Sachsen durch v. Könnerrich, Legations-Sekretair und interimistischer Geschäftsträger. Die Niederlande durch Baron Schimmelpenninck v. d. Dye, außerordentlicher Gesandter und bevollmächtigter Minister; Graf du Chastel, Legations-Sekretair. Die Nordamerikanischen Freistaaten durch Edward A. Hannegan, außerordentlicher Gesandter und bevollmächtigter Minister; Ph. S. Fay, Legations-Sekretair. Württemberg durch v. Reinhardt, Geh. Legationsrath, außerordentlicher Gesandter und bevollmächtigter Minister (auch für den sächsischen Hof). — Das Personal des hiesigen diplomatischen Corps beläuft sich mit Inbegriff der Dienerschaft auf 285 Personen. (E. C.)

— Aus einer als Manuscript gedruckten Denkschrift des Kriegsministeriums über die preussische Marine entnehmen wir folgende tabellarische Uebersicht der Stärke der Flottille im Juli d. J., wie sie unter dem Kommando des Kommodore Schröder dem Feinde gegenüberstand. Die Segel-Korvette „Amazone“ (4 kurze 24-Pfünder, 8 leichte 18-Pfünder) mit 3 Marine-, 1 Auxiliair- und 1 Artillerie-Offizier: 5 Offiziere, 90 Mann. Das Dampfgeschiff „Preuß. Adler“ (2 25pfünd. Bombenkanonen, 2 mitt. 32-Pfünder) mit 2 Marine-, 2 Auxiliair- und 1 Artillerie-Offizier: 5 Offiziere, 82 Mann; — in Reparatur der im Gefecht bei Brüslerort erhaltenen Beschädigungen, in Swinemünde. Das Dampfgeschiff „Danzig“ (1

Kurzer 24-Pfünder, 2 leichte Kanonen) mit 1 Marine-, 1 Auxiliair- und 1 Artillerie-Offizier: 3 Offiziere 31 Mann. Die erste Küstenflottillen-Division (9 Kanonenschaluppen und 4 Kanonensollen mit 15 25-pfünd. Bombenkanonen und 10 langen 24-Pfündern) mit 11 Auxiliair- und 1 Artillerie-Offizier: 12 Offiziere, 587 Mann; bei Kauterbach, Warböf, Zickerbucht und Westdievenow. Die zweite Küstenflottillen-Division (9 Kanonenschaluppen und 1 Transportschiff mit 9 25-pfünd. Bombenkanonen und 9 langen 24-Pfündern) mit 9 Auxiliair-Offizieren: 9 Offiziere, 532 Mann, in Swinemünde. Die dritte Küstenflottillen-Division. 1ste Sektion. 3 Kanonenschaluppen (3 25-pfünd. Bomben-Kanonen, 3 lange 24-Pfünder) mit 3 Auxiliair-Offizieren: 3 Offiziere, 179 Mann, in Swinemünde. Detaschirt 2 Kanonensollen (zwei 25-pfünd. Bomben-Kanonen) mit 20 Mann, in Danzig. In Summa schlagfertig gegen den Feind: 1 Segel-Korvette, 2 Dampfschiffe, 20 Kanonenschaluppen, 6 Kanonensollen mit 67 Geschützen, 37 Offiziere, incl. 4 Artillerie-Offiziere, 1521 Mann. In Formation begriffen: 2te und 3te Sektion der dritten Küstenflottillen-Division: 6 Kanonenschaluppen mit 12 Geschützen, 8 Offiziere, incl. 2 Artillerie-Offiziere, 133 Mann in Stettin. Depot-Sektion und Stamm zur Formation der 4ten Küstenflottillen-Division (mit 1 Transportschiff) von 9 Kanonenschaluppen mit 18 Geschützen, 3 Offiziere, incl. 2 Ingenieure-Offiziere, 99 Mann, in Stettin, Summa Summarum: 3 größere Fahrzeuge, 36 Schaluppen, 6 Sollen; zusammen mit 97 Geschützen, 48 Offizieren und 1753 Mann (incl. 8 kommandirter Artillerie- und Ingenieur-Offiziere). (E. C.)

Breslau, 24. Dezember. Es ist geglückt, diejenigen Räuber, welche bei Karauschle, den damals in diesen Blättern erwähnten Straßenraub bezogen haben, zu ermitteln und festzunehmen. Eben so ist es der hiesigen Polizeibehörde gelungen, eine ganze Bande aufzuheben, welche binnen Zeit von 8 Wochen mehrere Straßenräubereien und eine sehr große Anzahl von bedeutenden gewaltthätigen Einbrüchen begangen hatten. Die Verhaftung dieser beiden Banden allein hat die menschliche Gesellschaft wenigstens vorläufig von einer Anzahl von circa 20 verschiedenen Individuen gesäubert, deren Geschäft das Verbrechen, namentlich Einbruch, Straßenraub, Diebstahl und Diebeshehlerei ist. (Bresl. Z.)

— Die siebente Vorlesung, mit welcher Herr Professor Stenzel die Reihe seiner Vorträge über die Tagesgeschichte beschloß, enthält folgende, der Bresl. Ztg. auszugsweise entnommene, nicht uninteressante Einzelheiten über das Schicksal der „Kaiserdeputation“ in Berlin Anfangs April d. J., deren Mitglied der Redner selbst war. Als unteugbar stellt derselbe die Thatsache hin, daß die ablehnende Antwort des Königs an die Deputation am 3. April dem Staatsministerium am 2ten Abends noch unbekannt gewesen, und daß an diesem Abend noch eine ganz andere Antwort beschloffen war. Graf Brandenburg habe der Deputation auch am 2ten die beruhigendsten Zusicherungen gemacht und Niemand daran gedacht, daß eine Ablehnung erfolgen werde. Welche Einflüsse die letztere hervorgebracht, darüber wage er nichts zu entscheiden. — Die Gerüchte über harte und verletzende Aeußerungen des Königs gegen einzelne Mitglieder der Deputation erklärte der Redner als völlig falsch und unbegründet. Der König habe sich im Gegentheil sehr verbindlich und freundlich gezeigt. Das Verlegende lag einzig und allein darin, daß die hochwichtige Angelegenheit als etwas ganz Gewöhnliches hingenommen wurde. Die Erbitterung der Deputation sei nach der Audienz sehr groß gewesen, und die Heftigern verlangten sofort abzureisen. Die Besonnenen machten jedoch auf das Unsichliche eines solchen Benehmens aufmerksam, da die Einladungen nach Charlottenburg, zum Prinzen von Preußen u., schon angenommen waren. Die Deputation beschloß demnach, zu bleiben, jede weitere Einladung hingegen entschieden abzulehnen. In Charlottenburg, bei der königlichen Tafel, versuchte der greise Arndt in seinem lebendigen Feuersifer nochmals auf den König zu wirken, jedoch vergebens. Der König unterhielt sich mit diesem und jenem von der Deputation, aber ohne weiter auf die Sache einzugehen. — Ganz verschieden war der Eindruck, den die Deputation in der Soirée bei dem Prinzen von Preußen empfing. Die Sache, die der Deputation am meisten am Herzen lag, fand hier die theilnahmvollste Berücksichtigung. Der Prinz selbst sprach sich darüber in einfachen schlichten Worten und ohne Phrase aus, so daß viele der Deputationsmitglieder von dem lebendigsten Vertrauen zu ihm ergriffen wurden. Wahrhaftig bezaubernd war das Benehmen der Prinzessin; sie zeigte so viel Hingebung und warmes Interesse für die Sache des deutschen Vaterlandes, daß die ganze Deputation, vom 80jährigen Mitgliede bis zum jüngsten, sich laut in dem Wunsche begegneten: „Die muß unsere Kaiserin sein!“ (Const. Z.)

Von der Weichsel, 19. Dezember. Ein Weheruf tönt durch die östlichen Provinzen Preußens ob der Leichtfertigkeit, mit welcher die erste Kammer in blinder Nivellirungssucht die neue Gemeinde-Ordnung übereilt und unreif in die Welt schleubert. Die letzte, wahrscheinlich auch eitle, Hoffnung richtete sich jetzt auf die zweite Kammer, welcher man mehr praktische Einsicht in die Communal-Verhältnisse zutraut. Die Petition der Berliner Stadtbehörde um unveränderte Beibehaltung des erprobten Gesetzes von 1808, der alten Städte-Ordnung, findet um so mehr Anklang, da die neue Gemeinde-Ordnung augenscheinlich den Hauptzweck im Auge hält, die seit 40 Jahren als erproblich bewährte Selbstständigkeit der Städte-Verwaltung zu zerstören. Namentlich sind die Rechte des Gemeinde-Raths (Nachfolger der Stadtverordneten) sehr geschwächt. Dagegen soll der Bürgermeister, dessen Wirkungskreis ohnehin für einen Menschen zu groß abgemessen ist, als ein stets für den Dienst der Regierung gestelltes Packpferd, als ein Diener zweier Herren bereit stehen; ja die Regierung soll sogar die Machtvollkommenheit haben, die Bürgermeister auf eine Reihe von Jahren zu ernennen, nachdem sie 2 Vorschläge zur Wahl verworfen hat. Das dem Minister des Innern vorbehaltenen Recht, den Gemeindevorstand aufzulösen, widerspricht gleichfalls dem in der alten Städte-Ordnung lebenden Geiste des Ministers v. Stein. Vor Allem aber würden die 3 Wahlklassen zu schroffer Absonderung der aus den verschiedenen Vermögensstufen Gewählten, ja zu unausbleiblichem und unaufhörlichem bürgerlichen Hader führen. Die Gleichstellung von Stadt und Land wird durch Hinweisung auf eine, angeblich durch die Constitution gebotene, Nothwendigkeit nicht gerechtfertigt, denn die konstitutionellen Wahlen lassen sich, wie die Erfahrung bewiesen hat, auch ohne diese unnatürliche Gemeinde-Ordnung bewirken. Einen andern Zusammenhang zwischen der Constitution und dem eigentlichen Gemeinwesen wissen wir nicht aufzufinden. Man hat oft über die Uniformsucht

gespottet, und doch ist Niemand so weit gegangen, Infanterie, Cavallerie, Artillerie und Pioniere ganz gleich kleiden, bewaffnen und von einem gemeinshaftlichen Hauptmann üben lassen zu wollen. Die neue Gemeinde-Ordnung will mit einer ähnlichen Abnormität in das bürgerliche Leben verberlich eingreifen. Wird dieser saubere Entwurf wirklich zum Gesetz, so muß Unzufriedenheit in Stadt und Land auf beunruhigende Weise überhand nehmen und auch die bisher gutgesinnten Unterthanen ergreifen. Kann denn wirklich die Mehrzahl der Kammer-Mitglieder ohne Noth Magnetfeuerkünste gegen gesunde Menschen üben und muthwillig den Grundpfeiler zu einer neuen Revolution bauen wollen? — Noch ist es nicht zu spät zur Umkehr von dem verderblichen Wege. (N. Pr. Z.)

Düsseldorf, 21. Dezember. Heute macht hier eine Erzählung die Runde, die uns mit Schauer erfüllt. In Sarn, unweit Uerdingen, hatte der Lehrer des Dorfes lässige Schüler zum bessern Schulbesuche angehalten und, da das Gute nicht half, mit Strenge gebroht. Ob diese Strenge eingetreten, darüber weiß man noch Nichts. Gestern fand man den Lehrer halbtodt geschlagen im Freien. Sprach- und besinnungslos lebte er noch 2 Stunden, ohne Aufschluß über den Thäter geben zu können. Doch brachte das Gerücht die That mit dem Anhalten zum Schulbesuch in Verbindung. So das Gerücht. (Rh.-u. Mos.-Z.)

Koblenz, 22. Dezember. Was ich kürzlich über Rüstungen und Truppenvermehrungen schrieb, ist zuverlässig. Die neuen Feldgeschütze der Artillerie und Fahrzeuge sind sämmtlich zum Ausrücker in Stand gesetzt und vorgefahren, so daß sie jeden Augenblick angespannt werden und ausrücken können, und bei der gestern schon hier begonnenen Aushebung der Armeeeserven sind fast sämmtliche, welche nur irgend brauchbar und entbehrlich waren, herangezogen worden. Mehre haben schon Befehl erhalten, am 27. d. M. einzutreten. Man hört hier in gewissen Kreisen bestimmt versichern, daß unsere ganze Armee mobil gemacht werde. — Zur Herstellung der hiesigen frühern Carmeliterkirche, welche bis jetzt als Proviantmagazin diente, zur katholischen Garnisonkirche, sind 14,000 Thlr. angewiesen, und soll die Einrichtung im Frühjahr vorgenommen werden. Das vor einiger Zeit abgebrannte Kirchenbach ist so weit wieder vollendet. Die Thurm-kuppel soll dagegen erst im Frühjahr ebenfalls in früherer Weise wieder aufgebaut werden. (Düss. Z.)

Frankenstein, 22. Dezember. Der Magistrat hat den Antrag der Stadtverordneten auf Verleihung des Ehrenbürgerrechts an Waldeck einstimmig abgelehnt.

Deffau, 24. Dezember. Heute, in den Vormittagsstunden, wurde der folgende ärztliche Bericht über das Befinden Ihrer königlichen Hoheit der Frau Herzogin veröffentlicht:

„Der Verlauf der letzten 24 Stunden war durchaus nur beruhigend zu nennen; das Fieber erlitt keine Steigerung mehr, eben so sanken die Kräfte nicht weiter, die Besinnlichkeit behauptet den einmal erreichten Grad, die hohe Kranke haben verschiedentemale Worte deutlich ausgesprochen; die dargebotene Nahrung wurde stets mit Wohlbehagen genossen. In der Nacht trat wiederholt Stunden lang ruhiger Schlaf ein.“

Dr. Behse Meyer. Dr. Kurz.
Se. königliche Hoheit der Prinz Friedrich von Preußen, Bruder der hohen Kranken, ist noch hier und wird noch einige Tage hier verbleiben.

Altenburg, 23. Dezember. Dr. Duai hat eine sogenannte freie Gemeinde begründet und bereits unter einem beispiellosen Jubrange des Volkes drei religiöse Abendunterhaltungen in einem hiesigen Gasthose abgehalten. Außerdem ist er in diesen Tagen als Apostel der neuen Lehre in anderen Städten unseres Ländchens mit eben dem Erfolge herumgeris, wie ehemals als republikanischer Agitator. (N. R.)

Braunschweig, 23. Dezember. Nach einem im Jahre 1832 zwischen dem Herzoge und den Landständen geschlossenen Uebereinkommen sollte der Herzog, statt wie bisher den Ueberschuß des Kammergutes nach Bestreitung der Verwaltungskosten und der darauf ruhenden Lasten zu beziehen, aus dem Reinertrage des Kammergutes fortan jährlich 237,000 Thlr. und mehrere Naturalien, z. B. freies Brennmaterial, freien Bedarf an Wildpret und Fischen erhalten. Im verfloffenen Jahre schloß der Herzog aus seiner Cassa eine Summe zu den damaligen Kriegskosten her, und es wurde von der Landesvertretung später der Wunsch einer Verminderung jenes Einkommens ausgesprochen, am 25. Mai d. J. aber von dem Abg. Stockfisch ein Antrag gestellt, dessen Sinn sich etwa dahin errathen läßt, es solle dem Herzoge die völlig freie Verfügung nur über eine von ihm selbst vorzuschlagende Summe zustehen, alle übrigen Hofausgaben aber sollten so wie andere Staatsausgaben behandelt, mithin nach vorzulegenden Etats von den Landes-Abgeordneten bewilligt und von der Finanzbehörde kontrolirt werden. Auf Vorschlag der Kommission und eines Abgeordneten beschloß die Abgeordneten-Versammlung in ihrer Sitzung vom 13. v. M., über den Antrag bis dahin, daß der Gegenstand bei der Beratung der allgemeinen Verfassungs-Veränderung an die Reihe kommen werde, zur Tagesordnung überzugehen, übrigens aber den bereits gestellten Antrag auf unverzügliche Eröffnung von Verhandlungen über eine angemessene Herabsetzung der an die Hof-Staatskasse zu leistenden Zahlungen zu wiederholen. Dieses ist geschehen, in Folge dessen aber der Kammer jetzt zur Antwort erteilt, daß der Herzog sich zu einer Verminderung der Civilliste nicht bewegen finden könne. Es ist hierbei nicht zu übersehen, daß, abgesehen davon, daß die Civilliste vertragsmäßig feststeht, das Kammergut, aus dessen Reinertrage sie bestritten wird, zum sehr großen Theile aus fürstlichen Familiengütern besteht, deren Ertrag von jenem Einkommen schwerlich überfliegen werden möchte. — Die neue Gerichtsverfassung wird, dem Benehmen nach, erst mit dem 1. Juli l. J. eingeführt werden. Obgleich diese Verzögerung sehr zu bedauern ist, so kann man doch kaum Jemanden deshalb beschuldigen, da auch die neue Gemeinde-Ordnung gleichzeitig eingeführt werden muß. — Unsere demokratische Partei hat beschlossen, sich bei den Wahlen zum Volkshause nicht zu betheiligen. (Köln. Z.)

Stuttgart, 22. Dezember. Es ist bekannt, daß zwischen unserer Staatsregierung und dem fürstlichen Hause Thurn und Taxis schon seit längerer Zeit Verhandlungen wegen Aufhebung des Postlehns auf dem Wege der Vereinbarung bestanden haben. Nachdem diese Verhandlungen zu keinem Resultate geführt haben, ist jene Aufhebung seit wenigen Tagen durch ein Gesetz ausgesprochen, kraft dessen das Postlehn mit dem 1sten Januar 1850 erlöschen und sämmtliches dem Fürsten von Thurn und Taxis

angehörige Post-Inventory, so wie sämtliche Taxische Diener an den Staat, ersteres gegen angemessene Entschädigung, übergeben sollen. Wie man von hier anwesenden Bevollmächtigten des genannten fürstl. Hauses vernimmt, dürfte die Durchführung dieses Gesetzes zu den eigenthümlichsten Konflikten zwischen der Staatsgewalt und der Taxischen Post-Verwaltung führen. Es sollen nämlich durch die letztere sämtliche Post-Beamte und alle im Postdienste befindlichen Personen, bis zum Postillon herab, angewiesen sein, sich nur durch Anwendung der Gewalt aus ihren Funktionen drängen zu lassen. (R. 3.)

Der Nürnberg. Korrespondent sagt, der in Würzburg verstorbene Oberst-Lieutenant von der Tann sei der zweite Kommandant der Festung Marienberg und nicht mit dem aus dem Kriege in Schleswig-Holstein rühmlichst bekannten Führer von der Tann zu verwechseln.

Darmstadt, 23. Dezember. Von Paris aus — so wird behauptet — sei vor einigen Tagen ein an den Ausschuss eines dortigen revolutionären Vereins gerichtetes Schreiben der Herren Mohr, Feldman und Bogen und des Dr. Wilhelm Schulz vom Mai dieses Jahres hier eingelangt, in welchem nicht nur das Einrücken eines französischen Hülfekorps in Baden, der Pfalz und in Rheinhessen dringend gefordert, sondern auch ein sehr detaillirter Operationsplan für dieses Corps erhalten sei; Mohr sowohl als Feldmann habe seine Unterschrift, somit die Echtheit dieses verrätherischen Schreibens, bereits anerkannt. Wir wiederholen, daß ziemlich übereinstimmend das Verbreehen der Verfasser in dieser Weise specialisirt wird. Dennoch bitten wir, dieser Version vorerst noch keinen Glauben zu schenken, sie nur als ein Gerücht hinzunehmen; denn wie ungünstig auch sonst unser Urtheil über die politische Thätigkeit jener Herren sein mag, des Verbreehens des Landesverraths, des Schwärzeffens von allen, können wir sie so lange nicht für fähig halten, bis uns der Beweis vorliegt. Allgemein erwartet man — und gewiß mit Recht — eine halbige offizielle Aufklärung des Dunkels, welches über dieser Sache, die in dem verschiedensten Sinne beurtheilt wird, noch zur Zeit schwebt. (D. 3.)

Kiel, 25. Dezbr. Der Herr v. Bauffin ist heute von Kopenhagen zurückgekehrt und hat, dem Vernehmen nach, die Botschaft überbracht, daß die zu Vertrauensmännern vorgeschlagenen Herren Presh, Mommsen und Steindorf vom Könige von Dänemark acceptirt seien und demnächst in Kopenhagen erwartet würden. (B. 5.)

Oesterreich.

Im Lloyd liest man: Der Polemik, welche magyarische und süd-slavische Blätter bisher gegen die deutsche als politische Geschäftssprache führten, giebt nun Palaczky in den Nar. Nov. einen bestimmteren Ausdruck; was in den erwähnten Blättern wohl immer zwischen den Zeilen, noch immer aber nicht ausdrücklich ausgesprochen wurde, das lesen wir in Palaczky's Artikel, welcher mit gewichtigen Motiven gegen die Centralisation für den Föderatismus ankämpft, und zwar nur im Interesse der Gleichberechtigung der Nationalitäten, welche eine Chimäre sei, sobald z. B. die Völker ihrem höheren politischen Leben erst auf dem gemeinsamen Reichstage, also nur in deutscher Sprache Ausdruck geben können. Nach Palaczky bedarf die Einheit des österreichischen Reiches bloß nachfolgende Angelegenheiten und Objekte: Der Kaiser und sein Haus; äußere Angelegenheiten; Land- und Seemacht; Reichs-Finanz; Handels-Angelegenheiten und Communications-Mittel. Die Ministerien des Innern, der Justiz und des Unterrichts sollen ferner für jede Nationalität besonders errichtet werden. Da in diesem Artikel nicht politisches Gelüste, sondern lediglich die Nationalität als jener Faktor aufgestellt wird, welcher den Kampf zwischen Centralisation und Föderatismus entscheiden wird, so läßt sich leicht absehen, daß hier allen jenen Provinz-Organen, deren Haupt-Ferment die Nationalität, das Signal zu einem großen journalistischen Feldzug gegeben ist. Das „Constitutionelle Blatt“ in Prag legt diesem Artikel eine noch größere Bedeutung bei; es bezeichnet ihn als das kleine Wölchlein, aus welchem große Gewitter entstehen werden. Ist das „Magyar Hirlap“ der Ausdruck der magyarischen Nation, so erklärt sich diese entschieden gegen die Ideen des Föderatismus, wünscht eine starke einige Monarchie, freut sich der neuen konstitutionellen Verfassung sobald sie ganz ins Leben getreten, und ist zufrieden, wenn ihr zu Hause Raum und Gelegenheit gegeben ist, sich des eigenen Idioms zu bedienen und ihre Nationalität zu bilden und zu veredeln. Diese wenigen Züge, in welchen wir den Inhalt eines Artikels des genannten Blattes: „Was wollen die Magyaren?“ kurz und getreu wiedergeben, beweisen zur Genüge, wie sehr sich die magyarische Publizistik in Betreff der Centralisation von der slavischen unterscheidet. Magyar Hirlap nimmt in seiner Nummer v. 22. d. das Gerücht von dem Ausscheiden des Ministers des Innern aus dem Ministerium zum Gegenstand. Zwei Prinzipien, wird gesagt, macht die gegenwärtige Regierung zu den ihrigen: das der Centralisation und das der Freiheit. Erstere wird nach zwei, drei Worten fallen gelassen, während mehrere mit Wärme geschriebene Sätze letztere länger zum Gegenstand des berührten Artikels machen. Hauptsächlich, sagt Magyar Hirlap, sei es die Freiheit, welche Herrn Bach besetzt, und das genannte Journal fürchtet, daß eben die Hindernisse, welche der Freiheit in den Weg gelegt werden, der Anlaß sein dürften, welche den Herrn Minister zum Ausscheiden bewegen.

Niederlande.

Tezel, 20. Dezember. In verwichener Nacht strandete hier die russische Fregatte Agnes, Capt. Ahrensfeld, mit einer reichen Ladung Taback von New-York nach Bremen bestimmt. Von der 63 Köpfe starken Besatzung fanden 44 ihr Grab in den Wellen, und von der aus 22 Mann bestehenden Equipage wurden nur der Capitain und 11 Mann, von den 41 Passagieren nur 7 durch das Cocksborfer Rettungsboot mit großer Lebensgefahr gerettet; auch von der Ladung wurde nur wenig geborgen; einige Leichen und eiserne Fässer Taback sind bereits an den Strand getrieben.

Belgien.

Brüssel, 26. Dezember. Bei den Stürmen der abgelaufenen Woche sind 18 Schiffe an den belgischen Küsten theils untergegangen, theils gescheitert. Die Antwerpener Blätter bringen Details über diese Unfälle, die den Versicherungs-Gesellschaften große Verluste zu Wege bringen.

Frankreich.

Paris, 24. Dezember. (Sitzung der National-Versammlung.) Die

Berathung über das Loos der mit dem 1. Januar aufgelösten Pariser Mobilgarde steht noch auf der Tagesordnung. Die Regierung will sie in einem neu zu bildenden Bataillon der Fremden-Region unterbringen. Mehrere Vorschläge gehen dahin, die Militärs der Mobilgarde in der Armee unterzubringen, aus ihnen eine neue Linientruppe zu bilden, sie noch eine gewisse Zeit hindurch in ihrer bisherigen Stellung zu belassen etc. Allgemein spricht sich die Anerkennung für die Dienste aus, welche die Mobilgarde im Juniaufstande geleistet hat, so wie der Wunsch, etwas für sie zu thun. Allein die Diskussion wird so verworren, daß Larochefoucauld genöthigt ist, zu bemerken: „Um zu diskutieren, muß man vor allen Dingen wissen, worüber man diskutiert. In diesem Augenblicke weiß hier Niemand mehr, worüber diskutiert wird.“ Die Versammlung weiß sich zuletzt nicht anders zu helfen, als indem sie alle Vorschläge und Verbesserungs-Anträge über die Mobilgarde wieder an den Ausschuss zur Berichterstattung verweist. — Lagrange (vom Berge) interpellirt den Minister des Innern wegen angeblicher Vernachlässigung der Opfer und Hinterbliebenen der Februarrevolution. „Frankreich ist Unterstützung und Dank denjenigen schuldig, die ihr Blut für die Freiheit vergossen und die Republik gegründet haben, der Frankreich zugejachtet hat.“ Estancelin (von der Rechten) unterbricht den Redner mit dem Ausruf: „Frankreich hat sich die Republik nur aufzwingen lassen!“ wofür der Vorsitzende ihn unter den heftigsten Kundgebungen des Berges zur Ordnung ruft. Estancelin rechtfertigt seine Worte mit einer Aeußerung von Louis Blanc im neuesten Hefte der „Neuen Welt“, wonach Frankreich sich „die Republik mit Schreien habe auferlegen lassen.“ Segur d'Aguesseau führt noch einen leidenschaftlichen Ausbruch herbei, indem er wieder, wie schon früher einmal, die Municipalgarbisten, die im Februar gegen das Volk gekämpft haben, als allein der Theilnahme der Nation würdig bezeichnet und einen Antrag zu ihren oder ihrer Hinterlassenen Gunsten anfündigt. Der Minister des Innern, Ferdinand Barrot, giebt sehr genügende Erklärungen über die Sorgfalt der Regierung für das Loos der Opfer der Februartage, die nach ihm ganz wie die Opfer der Junitage behandelt werden. — Lagrange interpellirt noch den Minister über die Lage der nichtbegnadigten, ohne Prozeß nach Belle Isle transportirten Juni-Insurgenten, welche die Regierung irriger Weise alle als aus den Gefängnissen entlassene Verbrecher betrachtet und bezeichnet habe. Er erwähnt dabei des traurigen Vorfalls bei der neulichen Emeute zu Belle Isle, wo ein Insurgent durch einen Schuß zu Boden gestreckt wurde. Der Minister erklärt, daß die Truppen bei dieser Gelegenheit, nachdem sie lange geduldig und großmüthig die Beleidigungen und Herausforderungen der Insurgenten ertragen hatten, nur ihre Schuldigkeit gethan. Für die noch zu Belle Isle befindlichen 469 Insurgenten, die er übrigens niemals alle als entlassene Verbrecher bezeichnet habe, bereite die Regierung passende Maßregeln vor. Die Linke unterbricht ihn häufig mit der Einwendung, daß alle diese Insurgenten ohne Urtheil und Spruch transportirt worden sind. Pierre Leroux erklärt, daß unter den noch gefangenen gehaltenen Juni-Insurgenten sich mehrere befinden, denen er die Hand zu drücken, stolz sein würde, und daß auch die Verbrecher nicht die heftigen Worte verdienen, die über sie gefallen seien. Er verläßt auf die heftigen Ausdrücke von Mißbilligung auf den Bänken der Rechten die Tribüne mit dem Ausruf: „Meine Herren, Ihre Moral ist nicht die meinige!“ — Desmouffeur de Givré interpellirt hierauf den Minister des Innern wegen einer Note, die er in der Angelegenheit des Grabmals Napoleons im Moniteur veröffentlicht hat und in der der betreffende Ausschuss der National-Versammlung einen ungebührlichen Angriff gegen sich erließ. Der Minister behauptet seine Ergebenheit und seinen Respekt gegen die National-Versammlung und bemerkt, daß er den Bericht des Ausschusses bei Abfassung der Note nicht offiziell gekannt habe. Eine Antwort des Berichterstatters Herzog d'Albert de Luynes (von der legitimistischen Partei) ruft eine Reihe von immer veräuglicher werdenden Reden und Gegengreden von Mitgliedern der Majorität hervor. Die Freunde des gewesenen Ministers Duchatel, u. a. Viskatory, suchen denselben gegen die Anschuldigung der Verschwendung der Staatsgelder bei dem Bau des Grabmals Napoleons zu rechtfertigen. Eine Aeußerung von d'Albert de Luynes, daß es sich hier um Rechtlichkeit und Ehrlichkeit handele, wird lebhaft von der Linken beklatscht. Endlich wird der Druck des Ausschussberichts verlangt und, da auch die Bertheidiger Duchatels damit übereinstimmen, mit bedeutender Majorität genehmigt, so wie auch der Druck eines Berichts des Rechnungshofes über denselben Gegenstand. Der Herzog von Montebello, gewesener Colleague Duchatels, verlangt auch den Druck des Minoritätsgutachtens über den Gegenstand. Es entspinnt sich abermals ein verworrenes Hin- und Herreden von unterdrückter Leidenschaftlichkeit zwischen den legitimistischen und orleanistischen Mitgliedern der Majorität, wobei die Linke ihre Schadenfreude nicht verbirgt. Der Druck des Minoritätsgutachtens wird ebenfalls genehmigt und die Sitzung um 6 Uhr geschlossen. In dieser Sitzung, die 5/2 Stunden lang gedauert hat, ist kein einziges Gesetz votirt worden.

Schon wieder tauchen Gerüchte von einer nahen Ministerkrise auf. Es soll besonders der Kriegsminister General d'Hautpoul sein, der sich mit dem Präsidenten der Republik seit dessen indirekt mißbilligender Note über das bekannte Rundschreiben an die Gendarmen-Obersten nicht mehr gut verträgt. Auch spricht man von der Erziehung Ferdinand Barrots, der nicht genug Erfahrung und Personalkenntnis auf seinem schwierigen Posten besitzen soll, durch Leon Faucher. Der General d'Hautpoul hat sich, wie versichert wird, im Falle seines Rücktritts den Posten als General-Gouverneur von Algerien vorbehalten. — Der schwankende Zustand der hiesigen Verhältnisse wird treffend charakterisirt durch eine Aeußerung, die man dem Papste zuschreibt. Derselbe soll dem General Baraguay d'Hilliers, der zu ihm sagte: „Meine Regierung garantirt Ew. Heiligkeit eine friedfertige und dauerhafte Rückkehr nach Rom“, geantwortet haben: „Aber, Herr General, wer garantirt mir Ihre Regierung?“

Ein Arbeiter, Namens Cebe, erklärt heute im Journal des Debats, daß er wirklich, wie in dem neuesten Werke des Vicomte d'Harlincourt, „Place au droit!“ erzählt ist, den Weg bis nach Frosdorf zu Fuß zurückgelegt habe, um dem Grafen von Chambord, den er als den rechtmäßigen König betrachtete, zwei dänische Hunde von königlicher Schönheit und die er selbst aufgezogen hatte, zum Geschenke zu bringen. Das Journal des Debats hatte diese Geschichte als eine romantische Erfindung betrachtet und weidlich verspottet.

Eine Thatsache, die man sehr entfernt war, zu erwarten, ist, daß die Besitzer von Weinstuben in Paris über die Beibehaltung der Getränk-

Lebener entzückt sind. Bei der ersten Nachricht von der Möglichkeit einer Abschaffung der Steuer wurden sogleich eine Menge von neuen Etablissements projectirt, welche den bisherigen Weinhändlern eine fürchterliche Concurrenz gemacht haben würden. Mazarin ließ die Pariser singen, wenn sie nur zahlten, der neue Polizei-Präsident Carlier will, daß sie zahlen und nicht singen. Neuerdings hat er ein Sing-Café schließen lassen, weil darin wieder gegen die Wiedereinführung der Getränkesteuer gesungen worden waren.

Man schreibt aus Toulon vom 22. Dezember, daß die Nachricht von der Rückkehr der Flotte des mittelländischen Meeres nach Toulon sich beständige und man sogar versichert, daß mehrere große Schiffe derselben abgetakelt werden sollen.

Italien.

Turin. Den 20. Dezember hat der König Victor Emanuel die Kammern in Person eröffnet und die Thronrede gehalten.

Aus Bologna meldet man, die Wege der Legationen seien von Räubern, die die Eilwagen angreifen, überfüllt. — Auf fast allen Wegen, die durch die Legationen führen, sind zur Sicherheit der Reisenden militärische Posten angelegt worden; bewegliche Kolonnen durchziehen ohne Aufhören das Land. Man hofft auch diesem Treiben ein Ende zu machen.

Herr von Corcelles ist am 14ten in Florenz eingetroffen. In Livorno schiffte sich am 12. Herr Longo, der als neapolitanischer Courier nach Wien gegangen war, wieder nach Neapel ein; desgleichen Oberst Faeta mit vier spanischen Offizieren, welche nach Civitavecchia gingen, um zu ihren Corps zu stoßen. Man schreibt von einem Anlehen, welches Rom mit Frankreich abgeschlossen haben soll. Mit dem neuen Jahre sollen auch die Bons der römischen Bank verschwinden und Schatzscheine an ihre Stelle treten. Durch Foligno brachte man politische Gefangene, welche auch in die Verschwörung hinsichtlich der Ermordung Rossis verwickelt gewesen sein sollen. In Orvieto werden ehestens wieder die Jesuiten einzuziehen. Die Verwaltungsbehörden sind beauftragt, ihnen ihre Güter zurückzustellen, und im kommenden Jahre werden sie die Schulen eröffnen. Allenfalls werden die Spanier durch andere Truppen ersetzt. Sarcinelli wird das Kommando in Umbrien und Sabina übernehmen. Nun hört man auch aus Neapel, daß der Papst bald nach Rom zurückkehren werde. Man erwartet dort in der That eine Amnestie. Der König ist wieder in der Stadt sichtbar geworden. Der in den Fabriken von Catania während der letzten Ereignisse verursachte Schaden ist bereits wieder gut gemacht und sie sind in vollem Gange. Auch die Universität ist stark besucht.

In Livorno traf am 17. das Dampfschiff „Madrid“ von Civitavecchia ein. Wenn eine Notiz, die dessen Passagiere gebracht haben, sich bewahrheitet, so wäre sie in der That eine der wichtigsten, die man seit längerer Zeit über die päpstlichen Staaten erhielt. Die römische Frage, sagen sie, sei gelöst. Der Papst mache wieder das Zugeständnis der Constitution in ihrer ursprünglichen Form, wie sie bestand, da er Rom verließ. Er erweitere die Amnestie und unterhandle mit den Hüftmächtigen über eine Okkupation durch 5000 Spanier in Rom, 10,000 Franzosen in Civitavecchia und 10,000 Oesterreicher in Ancona und den Legationen.

Aus Ober-Italien, 19. Dezember. Obgleich nun die Waffen ruhen und Friede geschlossen ist, so hält doch der Tod unter den Reihen der österreichischen Armee dormalen keine geringere Erndte, als auf den italienischen und ungarischen Schlachtfeldern. Epidemische Krankheiten, zumal Cholera und Typhus, wüthen fast in allen Garnisonen mit mehr oder minderer Gewalt, und ich habe es aus dem Munde eines kundigen und glaubwürdigen Stabsoffiziers, daß man mit einer Angabe von 80,000 den Krankenstand der Armee nicht zu hoch greifen dürfte. Die Ursachen dafür liegen nahe und sind begreiflich. Der ungarische Feldzug steht in Szarvaz und Entbehrungen hinter dem russischen von 1812 wenig zurück, und es gehört eine normale Gesundheit dazu, um ohne Nachwehen davon zu kommen. Die meisten Soldaten aber trugen einen Krankheitsstoff davon, welcher jetzt zum Ausbruch kommt und in dem Kasernenleben bei der allgemeinen Empfänglichkeit leicht ansteckend wirkt. Dasselbe ist der Fall mit den Truppencorps, die vor Venedig lagen und Monate lang auf und in den Lagunen bivouacirten. Das Fieber, welches sich dort eingenistet hat, verdammt, wenn es nicht auf der Stelle tödtet, doch den Menschen auf sein Leben lang zum Siechthum. Man kann das Belagerungscorps Venedigs auf 46,000 Mann rechnen; davon sind 12,000 auf dem Plage gestorben, 6000 vielleicht später in den Spitalern, 10,000 aber sind noch heut zu Tage krank, und kaum 25 Procent davon dürfen auf eine vollkommene Genesung rechnen. Auch in den Transporten der gefangenen Honveds und deren Einreihung in die Regimenter will man eine Fortpflanzung des Krankheitsstoffes entdecken. Wenn dem so ist, so liegt darin nur eine gerechte Strafe für die über alle Maßen barbarische Behandlung, welche die armen Gefangenen unterwegs erleiden müssen. Prügel und Hunger werden in allen Gradationen auf sie angewendet, um, wie ich selbst von einem escortirenden Offizier hörte, „die Magyarenhunde gehen zu machen“, und dabei sind ihre Kleidungsstücke in einem Zustande, daß überall das nackte Fleisch herauschaut. So werden sie in Koppeln von 3- bis 400 wie das Vieh mitten durch die Schneefürme, die uns der frühe Winter schickt, hieher transportirt, wo jetzt eben auch keine Frühlingslüfte wehen. Natürlich, daß sie Krankheitsstoffe mit sich bringen, die alsdann am Orte der Bestimmung in den vollgepfropften Kasernen zum Ausbruch kommen und sich verbreiten. Glückselig jene, die auf der heimathlichen Erde den Tod im Kampfe fanden. Die Regierung wird sich hüten, eine wahrheitsgetreue Statistik ihrer Verluste in dem verflohenen Jahre zu veröffentlichen; ich glaube, daß es ihr selbst manchmal bange werden muß, wenn sie auf die öden Strecken im südlichen Ungarn und an der Militairgrenze hinschaut, wo die ganze männliche Generation zwischen den Jahren 18 bis 35 buchstäblich ausgestorben ist, und Kinder, Weiber und Greise die einzige elende, ihrer Arbeitskräfte und Erwerbsmittel beraubte Bevölkerung bilden. Es läßt sich daher die angelegentlichste Sorge wohl begreifen, welche man sich in Wien giebt, um den Strom der deutschen Auswanderung nach Ungarn zu leiten; aber nicht begreifen läßt sich diesmal das Vertrauen auf ein solches Maß deutscher Einfalt, welches zu einer Niederlassung unter Haynau's Blutgerüsten und zwischen Trümmern und Brandstätten sich wirklich werde fördern lassen. Es giebt eine Grenze der Zumuthungen auch an die deutsche Einfalt. (Köln. Z.)

Der Kriegszustand wird seit einigen Wochen, selbst im Venetianischen, wieder mit ganzer Strenge gehandhabt. In Verona wurde ein

Handwerker, bei dem man ein Bayonnet gefunden hatte, wegen verheimlichter Waffensbesitzes mit Pulver und Blei abgethan. Bekanntlich ist auch die mailänder Ballettschule angewiesen worden, sich innerhalb vierzehn Tage nach Verona zu begeben und par ordre du Mufti auf dortiger Opernbühne sich zu produciren. Die armen Mädchen, in der Mehrzahl aus Mailand gebürtig und sehr mächtig bezahlt, hatten in Betracht des allzu großen Kostenaufwandes, welchen die Reise und der Aufenthalt in einer fremden Stadt ihnen verursacht, gewagt, gegen den Befehl bescheidene Vorstellungen zu erheben. Die Antwort war eine Erinnerung an jene furchtbare Execution im September, wogegen das schönste Geschlecht keinen Schutz mehr findet. Sie können denken, welchen Eindruck solche Mahnung hervorbrachte. Die armen Creaturen waren noch selbigen Tag unterwegs nach Verona. Unsere Theater gleichen jetzt einem Exercierplatz, man sieht nur Uniformen, und selbst der Fachino bleibt von der Gallerie weg, wo er sonst seine glücklichsten Stunden zu verbringen gewohnt war. Die Scala in Mailand wird auch für den Carneval geschlossen. San Fencie in Venedig dagegen soll öffnen, aber weder Adel noch höhere Bürgerschaft dürfte die Stadt besuchen, sondern ist entschlossen, im stillen Zusammenleben auf ihren Landsitzen an der Brenta auch den Winter über zu verbleiben. (Köln. Ztg.)

Aegypten.

Alexandrien, 9. Dezember. Ihre Königl. Hoheit Prinzess Marianne (Albrecht) von Preußen, welche incognito unter dem Namen einer Frau Seitelberg reiset, ist am 7. d. mit Gefolge mit dem engl. Dampfschiffe Jubus hier angekommen und am folgenden Tage nach Cairo gereist, wo sie einige Tage bleiben und dann ihre Reise über hier nach Beirut, Jaffa und Jerusalem fortsetzen wird, da sie zum Weihnachtsfest in Betlehem zu sein wünscht. Die ägyptische Regierung hat Ihrer Königl. Hoheit angeboten, sie mit einem Kriegsschiffe nach Jaffa bringen zu lassen, doch wird dieselbe dies Anerbieten wahrcheinlich nicht annehmen, sondern mit dem französischen Postdampfschiffe, welches den 14. Alexandrien verläßt nach Beirut gehen. Vor der Reise nach Cairo hat die ägyptische Regierung ein Dampfschiff zur Verfügung Ihrer Königl. Hoheit gestellt.

Bermischte Nachrichten.

Stettin, 29. Dezember. Der Oberst-Lieutenant von Heister, Chef des Generalstabes des 2ten Armeecorps hierselbst, geht als solcher zum 7ten Armeecorps nach Münster.

— Mit dem heutigen Tage wird die hiesige Gewerbeausstellung geschlossen, wobei sich 87 Handwerker u. s. w. betheiligt haben. Die Kosten sind durch die Besuchenden gedeckt, es ist sogar noch ein Ueberschuß geblieben. Wir freuen uns, daß dieser erste Anfang so ermunternd ausgefallen ist.

— Der Pastor Stosch zu Kremmin giebt in der Ostsee-Zeitung folgende Verächtigung:

„Die Norddeutsche Zeitung enthält in einem ihrer neuesten Blätter, der Pastor Stosch in Kremmin habe in mehreren Eingaben dem Stettiner Consistorium als einer nicht mehr zu Recht bestehenden Behörde den Gehorsam aufgekündigt, und sei deshalb von demselben zur Disciplinar-Untersuchung gezogen worden. — Letzteres ist richtig, ersteres eine Unwahrheit, wie das Consistorium zur Steuer der Wahrheit laut Akten gewiß selbst bezeugen würde, wenn es von jenem erachteten Referat Kenntniß erhalten hätte. Zur vorläufigen Verächtigung — da ich keinen andern Schutz habe, als das edle Recht der protestantischen Kirche und die öffentliche Meinung — diene folgendes: Das Consistorium hat in Folge von Denunciationen mich zur Rechenschaft gezogen, weil ich vor 6-12 Jahren als Pastor von Nörenberg durch den dortigen nicht ordinirten Rektor Taufen verrichten lassen habe, die gegen meine Behauptung keine Nothtaufen gewesen seien, wie das Consistorium mir aus der Pommerschen Kirchenagenda vom Jahre 1668 hat beweisen wollen. In meiner schriftlichen Rechtfertigung räume ich das Faktum ein, erkläre aber zugleich, daß sich schwerlich eine exekutive Behörde finden werde, die mich auf Grund jenes Monumentes der Vorzeit strafen könne, weil in Folge der neuen Verfassung die Macht der Kirchenbehörden von dem Staats-Organismus getrennt, folglich für jetzt in den freien Willen der Gemeinden und Personen verlegt worden sei. Von dem Consistorium befragt, ob ich durch diese Erklärung demselben habe den Gehorsam aufkündigen wollen, habe ich in einer Eingabe vom 25. August d. J. erklärt, dies sei so wenig der Fall, daß meines Erachtens die Consistorien durch die Verfassung vom 5. Dezember Art. 11-16 eine viel würdigere, dem Prinzip und Wesen des Protestantismus bei weitem angemessenere, wenngleich schwierigere Stellung erhalten hätten, als bisher. Sie hätten nämlich die rechtliche Befugniß verloren, ihre Anordnungen im Wege der physischen Staatsgewalt auszuführen, so daß von dieser Seite angesehen, ihre Macht in Frage gestellt worden sei. Dagegen hätten sie durch den Umchwang der Zeit das schöne Recht erlangt, ihre kirchliche Thätigkeit auf ein kirchlicheres Gesetz als auf Landrecht, Criminalordnung u. zu stützen, nämlich auf die Kraft des religiösen Gedankens und der Ueberzeugung; so daß fortan dem frischen Lebensstrom der Begeisterung auf dem Gebiete der Kirche auch nach positivem Rechte kein gesetzlicher Damm mehr entgegengesetzt werden dürfe. Ich habe erklärt, daß ich in diesem Sinne das Consistorium als kirchliche Behörde anerkenne. Diese Erklärungen haben dasselbe zu einer Disciplinaruntersuchung wider mich veranlaßt. Wie ich aber des guten Glaubens lebe, daß ich für meine Ansichten auf Prinzip und Wesen der protestantischen Kirche, auf die ungeheure Majorität ihrer Mitglieder mich berufen darf, so vertraue ich darauf, daß auch das Consistorium als protestantische Behörde das Recht der Gewissensfreiheit, der Meinungsverschiedenheit, wie es insbesondere durch die Union verbürgt ist, ehren und aus der Untersuchung sich überzeugen wird, wie weit entfernt ich davon bin, an den Fundamenten einer Kirche zu rütteln, der ich mit Eifer und Ueberzeugung meine Dienste gewidmet habe. Dies zur vorläufigen Verächtigung des oben angeführten Referats.“

Stralsund, 25. Dezember. Für die bevorstehenden Wahlen zum Volkshause beginnt, seitdem die erste Anregung von der constitutionellen Partei in Stralsund ausgegangen ist, nun auch die Wahl-Agitation in Greifswald. Von den übrigen namhaften Städten in dieser Provinz hat man in dieser Angelegenheit bis jetzt noch wenig Bemerkenswerthes vernommen. Man vermuthet, daß der Abgeordnete Baumstark, welcher, wie man vernimmt, in Greifswald eingetroffen ist, dort für die Wahlen zum Erfurter Reichstage wirken werde. (Const. Z.)

Hierbei ein Provinzial-Anzeiger.